

PG Europa: AG Deutschlands Rolle in der Eurokrise

Die Durchsetzung von Austerität in der EU

Thomas Fritz, 19.7.2017

Hintergrund

Die Finanzkrise von 2008 verwandelte sich durch die Bankenrettungen in eine Staatsschuldenkrise, die in der EU seit 2010 in eine zunehmend autoritäre Form der Krisenbearbeitung mündet. Im Zentrum stehen dabei Maßnahmen der Austerität, die im Wesentlichen zwei Facetten aufweisen:

- a. verschärfte Kontrolle der Haushaltspolitik (einschließlich Sanktionen bei bereits minimalen Defiziten) und
- b. zunehmende Deregulierung der Arbeitsmärkte.

Die Akteure

Wirtschaftslobbyisten: Konzernen ist es gelungen

- a. die Sozialisierung ihrer privaten Schulden durch bail outs der Banken durchzusetzen und damit die Überschuldung der öffentlichen Haushalte zu generieren;
- b. ein verzerrendes Narrativ durchzusetzen, das vermeintliche Rigiditäten der Arbeitsmärkte und überbordende öffentliche Ausgaben zu Ursachen der Krise erklärt;
- c. durch Kredit- und Investitionszurückhaltung die Regierungen effektiv unter Druck zu setzen, damit sie die Austerität durchsetzen.

Nationale Regierungen und Europäischer Rat: Konservativ-liberale und die überwältigende Mehrheit sozialdemokratischer Regierungen stützen die Austerität und treiben sie voran.

Sozialdemokratische Regierungen, die die Austerität wenigstens abzumildern versuchen, gibt es kaum. Die Syriza-Regierung versucht das weitgehend erfolglos gegen die Quadriga-Auflagen. Die sozialistische Minderheitsregierung in Portugal hat damit ein wenig mehr Erfolg, kann das Ausbluten des Landes aber nicht wirklich stoppen. Die italienische PD-Regierung hingegen beschränkt sich auf rhetorische Verdammung der Austerität, exekutiert sie aber willfährig.

Aufgrund dieser nationalen Konstellationen kann der **Europäische Rat** letztlich ohne größere interne Konflikte Austerität in der gesamten EU durchsetzen.

Wissenschaft und Medien: Medien und Wissenschaft des Mainstreams stützen das gängige Narrativ der Wirtschaft, neoliberaler Regierungen und der Kommission, wonach Austerität einen unausweichlichen Sachzwang darstellt. Die Propaganda, zunächst müssten Schulden durch Haushaltskürzungen abgebaut und Arbeitsmärkte durch „Reformen“ flexibilisiert werden, ist dank der Medien allgegenwärtig.

Vor allem die Wirtschaftswissenschaft stützt diese Thesen in ihrer überwältigenden Mehrheit. Eine etwas diversere Debatte in der Mainstream-Wissenschaft gibt es lediglich hinsichtlich a) der Rolle der deutschen Handelsüberschüsse (d.h. den Ungleichgewichten in Eurozone und EU) und b) der Vernachlässigung von Investitionen. Eine grundsätzliche Infragestellung der Austerität kommt aus diesen Kreisen jedoch nicht.

EZB: Die Geldpolitik der EZB ist ökonomisch die wichtigste Stütze der Austerität, auch wenn das momentane Quantitative Easing (QE: Programm von Anleihekäufen) darüber hinwegtäuschen mag.

Die EZB ist einseitig auf Geldwertstabilität festgelegt. Sie darf – anders etwa als die FED – keine arbeits- oder wirtschaftspolitischen Zielsetzungen verfolgen. Sie muss eine expansive Haushaltspolitik bereits präventiv geldpolitisch eindämmen, sobald es zu höheren Inflationserwartungen unter den Wirtschaftsakteuren kommt und ihr 1,9%-Inflationsziel gefährdet werden könnte.

Die EZB unterliegt keinerlei Kontrolle des Parlaments, dient aber mit ihrer Politik vornehmlich den Interessen von VermögensbesitzerInnen (dies ist auch bei QE der Fall, weil durch die Verknappung von Anleihen am Markt u.a. die Aktienwerte steigen, was deren BesitzerInnen bereichert).

Die EZB ist an der Formulierung der austereischen neuen Economic Governance der EU beteiligt gewesen. Sie nahm an der Van Rompuy-Kommission teil, die das Six-Pack entwickelte. Dies ist eine Überschreitung ihres Mandats, das sie eigentlich auf Geldpolitik festlegt.

Schließlich setzt die EZB Austerität gegenüber überschuldeten Euro-Ländern mittels der Drohung durch, die Geldversorgung abzuschneiden. Griechenland hat sie den Geldhahn zugedreht; gegenüber Irland und Zypern drohte sie damit. Durch diese Erpressung erzwang sie die Unterwerfung unter die Sparprogramme der Troika aus EU-Kommission, EZB und IWF (die Troika ist mittlerweile zur Quadriga erweitert worden aufgrund der Beteiligung des ESM).

ESM: Der European Stability Mechanism wird eine zunehmend bedeutende Rolle bei der Durchsetzung von Austerität spielen, denn er ist im Kern die Vorstufe eines europäischen IWF. Der ESM schnürt Rettungspakete für überschuldete EU-Länder, wenn sie zuvor Memoranda of Understanding (MoU) mit Austeritätsprogrammen unterzeichnen. Alle Kandidaten müssen zudem den Fiskalpakt ratifiziert haben.

Nach den Plänen etwa von Schäuble soll der ESM künftig – ähnlich dem IWF mit seinen Artikel IV-Missionen – auch Aufgaben bei der wirtschaftspolitischen Überwachung der EU-Mitglieder übernehmen.

Der ESM ist – wie schon die EZB – ebenfalls jeglicher demokratischer Kontrolle entzogen.

EU-Kommission: Die EU-Kommission ist traditionelle Verfechterin globaler Wettbewerbsfähigkeit, die durch Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und ausgeglichene Haushalte gestützt werden soll. Sie ist eine treibende Kraft hinter der Austerität aufgrund

- a) ihrer exklusiven Kompetenz zur Initiierung von Gesetzesinitiativen,

- b) ihrer Immunisierung gegen demokratische Rechenschaftspflichten (sie kann durch das EP stets nur als Ganzes bestätigt oder abgelehnt werden) sowie
- c) ihrer endemischen Kollusion mit Wirtschaftslobbyisten zulasten aller anderen gesellschaftlichen Gruppen.

Die neue Economic Governance (Six Pack und Two-Pack) wurde von der Kommission ausgearbeitet. Zudem nimmt die Kommission bisher die wirtschaftspolitische Überwachung der Mitgliedsstaaten wahr.

Politiken der Austerität

Der Austeritätsdruck in der EU ist kein neues Phänomen, sondern durch die Finanzkrise und deren neoliberale Bearbeitung lediglich verstärkt worden. Frühe politische Maßnahmen, die einen Austeritätsdruck erzeugten, gingen neben dem Binnenmarktprogramm vor allem mit der Vorbereitung der Euro-Einführung einher. Zu berücksichtigen ist dabei, dass nach der herrschenden Vorstellung noch immer alle EU-Mitglieder früher oder später den Euro übernehmen sollen.

Die wesentlichen frühen Maßnahmen, die den Austeritätsdruck in der EU verstärkten, waren vor allem

- a) **der Maastricht-Vertrag von 1992:** 1.) Konvergenz-Kriterien (u.a. Obergrenzen von 60% Verschuldung und 3% Haushaltsdefizit, 2.) Excessive Deficit Procedure EDP (bei Verstößen gegen Obergrenzen sind Strafen möglich: 0,2 bis 0,5% des BIP)
- b) **der Stabilitäts- und Wachstumspakt von 1997:** Maastricht-Kriterien gelten seither dauerhaft, Stärkung der Überwachung (sog. preventive arm) und der EDP (corrective arm).

Im Gefolge der europäischen Schuldenkrise schließlich wurde seit 2010 ein umfassendes Paket von Maßnahmen der wirtschaftspolitischen Steuerung (sog. „economic governance“) verabschiedet, das die bisherigen Ansätze erheblich verschärft. Dieses besteht im Wesentlichen aus drei Bündeln:

1. Einengung der nationalen Haushaltspolitiken durch Festschreibung von Austerität (Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts durch das Sixpack, Europäisches Semester, Fiskalpakt)
2. Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitiken zur Steigerung internationaler Wettbewerbsfähigkeit (Euro-Plus-Pakt, makroökonomisches Ungleichgewichtsverfahren)
3. Mechanismen zur Bearbeitung von Staatsschuldenkrisen (erst EFSM/EFSD, heute ESM – European Stability Mechanism).

Der Fiskalpakt – eine fiskalische Schuldenbremse – bietet dabei das deutlichste Beispiel für eine nahezu unumkehrbare Festschreibung der Austeritätspolitik auf europäischer Ebene. Er steht außerhalb der EU-Verträge, ist jedoch als völkerrechtlicher Vertrag für alle 25 Unterzeichner-Staaten bindend (nicht ratifiziert haben: Tschechien, Großbritannien und Kroatien). Bei Überschreiten der Defizitschwelle von 0,5 Prozent des BIP sind – in Ergänzung zur Excessive Deficit Procedure – Sanktionen möglich.

Die meisten Unterzeichnerstaaten setzten den Fiskalpakt sekundärrechtlich um. Fünf Staaten folgten dem schlechten deutschen Beispiel und schrieben die Schuldenbremse in ihre Verfassung (Spanien, Italien, Slowenien, Slowakei, Litauen).

Die Folgen der Austerität

Soziale Folgen

Die Austerität führt zu Unterinvestitionen und erhöht dadurch

- a. die Arbeitslosigkeit,
- b. die Zahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse und
- c. den Zwang zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen.

Von den sozialen Folgen der Austerität sind arme Haushalte, Frauen und MigrantInnen in besonderer Weise betroffen. Unter ihnen sind Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung am weitesten verbreitet. Zudem sind sie am stärksten auf

den Zugang zu günstigen und hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen angewiesen.

Aushöhlung der Demokratie

Die Austeritätspolitik ist nur durchsetzbar, wenn sie sich gegen die Bevölkerung und demokratische Ansprüche immunisiert. Sie wird daher als

- a) weitgehend unhinterfragbarer Sachzwang dargestellt,
- b) durch rechtliche Festschreibung und Konstitutionalisierung auf Dauer gestellt und
- c) immer stärker von einer kaum noch kontrollierbaren Exekutive und Bürokratie unter Umgehung der Parlamente durchgesetzt.

Externe Folgen

Das Ziel, mittels Austerität die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen und Exportüberschüsse zu generieren, setzt die jeweiligen Handelspartner innerhalb und außerhalb der EU unter Verschuldungsdruck. Die Handelspartner der besonders exportstarken EU-Staaten müssen daher ebenfalls Austeritätsmaßnahmen durchsetzen, um sich gegen die Dumping-Konkurrenz aus Europa behaupten zu können.

Die deutsche Rolle bei der Durchsetzung der Austerität

Deutschland spielt auf mehrfache Weise eine tragende Rolle bei der Austeritätspolitik in der EU. Es ist bereits das ökonomische Gewicht als bevölkerungsreichstes und vor allem außenwirtschaftlich stärkstes Land, das Deutschland eine hohe Durchsetzungskraft in der EU verleiht. Dieses Gewicht nutzt die Bundesregierung zunehmend offen, um ihre Interessen in der EU durchzusetzen. Sie kann sich dabei auf die sogenannten „Compradora“-Klassen der Nachbarländer stützen (damit sind die Eliten der EU-Nachbarn gemeint, die die Interessen ihrer jeweiligen Bevölkerungen den deutschen wirtschaftspolitischen Vorgaben opfern).

Die deutschen Vorstellungen spiegeln sich in konkreten Politiken und Entscheidungen der EU-Institutionen wider:

- **EZB:** In der EZB ist Deutschland der führende austerianische Falke, der auf strikte Stabilitätspolitik pocht und zum Beispiel den Ausschluss Griechenlands aus dem QE-Programm verteidigt. Der deutsche Einfluss droht noch größer zu werden, sollte es der Bundesregierung gelingen, Jens Weidmann auf den EZB-Chefposten zu hieven.
- **ESM:** Das Upgrade des ESM zu einem künftigen europäischen IWF, der ohne demokratische Kontrolle Austeritätspolitik und exportorientierte Strukturanpassung in Schuldnerländern durchsetzen kann, gehört zu den prominenten Forderungen von Schäuble. Zudem wird der ESM mit Klaus Regner bereits von einem Deutschen geleitet.
- **Economic Governance:** Viele der neuen Überwachungsmaßnahmen entsprechen langjährigen deutschen Forderungen, darunter die Verschärfung des Stabilitätspakts und die quasi-automatischen Sanktionen gegenüber Defizitsündern.
- **Fiskalpakt:** Die Implementierung von Schuldenbremsen in der gesamten EU ist ein dezidiert deutsches Projekt gewesen. Die Bundesregierung verfolgte damit das Ziel, eine Dezentralisierung und weitgehend unumkehrbare nationale Konstitutionalisierung der Austeritätspolitik durchzusetzen. Das heißt, die Austerität soll möglichst nicht als ein deutsches oder EU-Diktat wahrgenommen werden, sondern in allen EU-Staaten bereits durch interne rechtliche Zwänge exekutiert werden – eine Art neoliberaler „Ownership“.

Kontakt:

info@thomas-fritz.org